

I. Einleitung

Eine Analyse der ökonomischen Verhältnisse in der BRD hat die in gegensätzlichen gesellschaftlichen Gruppen organisierten konkurrierenden und einander ausschließenden Interessen bloßzulegen. Eine solche analytische Problemstellung macht damit von vornherein klar, daß ökonomische Probleme in dem Sinne umfassende sind, als sie Probleme und Verhältnisse zwischen Menschen bzw. Gruppen, Schichten und Klassen ausdrücken. Bürgerliche Theorien von Ökonomie und Gesellschaft gehen dagegen von einem Verhältnis zwischen Menschen und Dingen aus und behaupten damit die Einheit der Interessen von Kapital und Arbeit. Im Gegensatz zur kritischen politischen Ökonomie unterschiedliche Interessenlagen nicht als historisch-spezifische, d. h., den jeweiligen Produktionsverhältnissen entsprechende Gegensätze begreifen, sondern nur als funktional vermittelte (wie etwa den Gegensatz von Investitionsinteressen und Konsuminteressen).

Politische Ökonomie heute, die Bestandteil einer kritischen und systemverändernden Politik sein will, hat die gesellschaftsspezifischen Widersprüche des kapitalistischen Herrschaftssystems zu bezeichnen. Freilich gilt es, solche Widersprüche nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenhang als Mechanismus kapitalistischer Herrschaftssicherung zu betrachten.

Nur wenn die politische Ökonomie diese Anforderungen erfüllen kann, wird es möglich sein, eine interessen-spezifische Konfliktstrategie zu entwickeln, die zur Verunsicherung des Gesamtsystems führen kann und gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse als historisch veränderbar vermittelt.

Die politische Ökonomie geht von der Erkenntnis aus, daß allein durch den Einsatz menschlicher Arbeitskraft die notwendigen Mittel zur steten Erneuerung und Reproduktion des Lebens bzw. des sozial-kulturellen Lebensniveaus und darüber hinaus die zusätzlichen Mittel für die Erweiterung der materiellen und kulturellen Lebenschancen bereitgestellt werden können. Dem Faktor Arbeit als dem einzigen wertschöpfenden Faktor sind deshalb die ökonomischen Ergebnisse zuzuordnen. In kapitalistischen Gesellschaften erfährt dieser Sachverhalt durch das Institut des Privateigentums an den Produktionsmitteln eine qualitative Änderung, da der weitaus größte Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts dem als eigenständig-wertschöpfend erscheinenden Faktor Kapital zugerechnet wird. Kapitalistische Gesellschaftsordnungen zeichnen sich deshalb durch die organisierte und systemverankerte Aneignung des gesellschaftlich geschaffenen Mehrprodukts durch die besitzende Klasse aus, dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignung.

Die so, d. h. auf den Eigentumsverhältnissen im Produktionsbereich begründete Trennung der Gesellschaft in Klassen durchzieht als bestimmendes Datum alle ihre Teilbereiche. Grundwiderspruch und Interessengegensatz in kapitalistischen Gesellschaften werden daran deutlich, daß das Verhalten der Kapitalisten orientiert ist an der gewinnbringenden Verwertung ihres Eigentums und ihrer Kapitalen, d. h. an den Profitchancen, während das Verhalten der Lohnabhängigen darauf gerichtet ist, sich einen möglichst hohen Anteil des von ihnen geschaffenen Produkts zu sichern (Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit). So gesehen sind Investitions- und Konsuminteressen nicht deshalb gegensätzliche, weil Konsumverzehr und Investitionen notwendige Voraussetzungen für spätere Konsumchancen sind, sondern zunächst deshalb, weil sie von den Profit- bzw. Lohninteressen beherrscht sind und somit dem gesellschaftlichen Basiswiderspruch unterliegen.

Dieses 2-Klassen-Modell kann nicht mit dem Hinweis auf die vielfältigen gesellschaftlichen Erscheinungsformen abgetan werden. Vielmehr erscheint umgekehrt notwendig, die gesellschaftliche Mannigfaltigkeit auf der Basis ihrer durchgehenden Ordnungs- und Strukturprinzipien in einem theoretischen Zusammenhang zu verstehen, der erlaubt, nicht nur Einzelphänomene zu beobachten, sondern sie in ihren gesellschaftlichen Grundzusammenhang zu stellen. Gleichwohl ist es für die Entwicklung einer sozialistischen Konfliktstrategie unumgänglich, Interessensunterschiede zwischen einzelnen Fraktionen des Kapitals wahrzunehmen wie auch sich zu vergegenwärtigen, daß die Arbeiterklasse politisch, ideologisch, regional/national, berufs-spezifisch (z. B. Arbeiter, Angestellte, Beamte usw.) gespalten ist. Es gehört zur Gegenstrategie des Kapitals, die Arbeiterklasse durch Spaltungen zu schwächen, weil dies ermöglicht, einzelne Gruppen und Gliederungen der Arbeiterklasse gegenseitig auszuspielen, um so durch Gruppenegoismus den Klassenfortschritt zu hemmen.

II. Relative Stabilisierung durch Staatsintervention

Vergleicht man den heutigen Zustand des Kapitalismus mit dem vor dem 2. Weltkrieg, so sind erhebliche Veränderungen zu erkennen. Schien der ökonomische Zusammenbruch

Bewußtes Eingreifen in den historischen Prozeß Jungsozialisten-Analyse der ökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik

des Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise der Jahre ab 1929 entsprechende sozialistische Theorien, die einen mehr oder weniger kurzfristigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems vorhersagten, zu bestätigen, so verlangt die seit dem 2. Weltkrieg zu beobachtende, allerdings nur relative ökonomische Stabilität des Kapitalismus, besonders in Westeuropa, eine neue Interpretation und einen neuen Ansatz für sozialistische Politik.

Die Erneuerung des Kapitalismus ist nicht zu erklären ohne die theoretischen Arbeiten von J. M. Keynes und seiner Schule, die heute die bürgerliche Nationalökonomie beherrscht. Die „Keynesische Botschaft“ (Karl Schiller) kommt einer konservativen Erneuerung gleich, da es ihr gelang, auf der Basis prinzipiell verteidigter kapitalistischer Grundstrukturen in den meisten Ländern Westeuropas den grundsätzlichen Stagnationstrend bisher aufzuhalten und auch in den USA zu verzögern.

Kern der Keyneschen Theorie ist die Funktionalisierung der Wirtschaftspolitik im Sinne eines antizyklischen Interventionsgebotes des Staates, das stabilisierend wirken soll. Praktizierten während der Weltwirtschaftskrise die Regierungen der kapitalistischen Staaten die klassische Politik des prozyklischen staatlichen Wirtschaftsverhaltens, indem sie den Staat wie einen privaten Haushalt führten, der in der Krise zu sparen hatte und sie damit über den Mechanismus von Nachfrageschwächung, Preis- und Lohnverfall ver-

In Hannover findet am 11. und 12. Dezember ein außerordentlicher Bundeskongreß „zur politischen Ökonomie und zur Strategie der Jungsozialisten“ statt. In der letzten Ausgabe der „Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD“ ist eine Reihe von Beiträgen zu dieser Thematik veröffentlicht, die Grundlage der Diskussion sein sollen. Wir veröffentlichen daraus - leicht gekürzt - eine Analyse des Bundesvorstandes, die sich mit den ökonomischen Verhältnissen in der Bundesrepublik beschäftigt. Die Red.

Hand, mit deren Hilfe sie gewerkschaftliche Lohnverläufe rückgängig machen können.

IV. „Friedensformel“

Die Rolle des Staates und seine Interventionspolitik sind durch die Rahmenbedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse vorgegeben.

Zugleich ist staatliche Politik von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und damit im Kapitalismus von der Vormacht der Unternehmer abhängig. Sie reagiert auf den organisiert ausgeübten politischen Druck der Klassen. Dadurch, daß der Staat einerseits in Form einer Vollbeschäftigungsgarantie auch wesentliche Interessen der Lohnabhängigen vertritt, andererseits für ausreichende Gewinnerwartungen und Profitchancen zu sor-

len Absprachen der Konzentrierten Aktion zu einer systemloyalen Politik verpflichtet. Die Konsequenz daraus ist, daß sie ihren Mitgliedern gegenüber die zentral getroffenen Entscheidungen verteidigen müssen; sie übernehmen eine disziplinierende Vermittlungsfunktion nach unten. Das heißt zugleich, daß die Gewerkschaften in die Rolle eines Durchführungorgans staatlicher Wirtschaftspolitik gedrängt und hierfür mit hilfreichen Orientierungsdaten ausgestattet werden, die in der Öffentlichkeit, und speziell bei den Arbeitnehmern, leicht den Charakter von quasi-objektiven Daten annehmen. Andererseits geraten die Gewerkschaften in die Gefahr, immer weniger die Lohnabhängigen zu vertreten, weil diese die Gewerkschaften nicht mehr als wirksame Interessenvertreter erfahren. Die Gewerkschaften blieben aber nur so lange für das System des staatlich-regulierten Kapitalismus von Interesse, als sie in der Lage sind, die Masse der Arbeitnehmer zu führen und damit eine Filterfunktion wahrzunehmen, die verlangt, Forderungen der Arbeiter in der Weise umzuwandeln, daß potentiell systemunverträgliche unterdrückt und in solche systemverträgliche Forderungen überführt werden, die soziale Befriedigung erlauben. Anders formuliert ist das Dilemma der Gewerkschaften das folgende: Entweder akzeptieren sie die staatlich aufgezwungene Rolle eines Reaktionszentrums der staatlichen Wirtschaftspolitik und setzen auf die Kooperation mit dem Staat; dann riskieren sie den Konflikt mit den Mitgliedern. Oder sie besinnen sich auf ihre Rolle als Aktionszentrum der Lohnabhängigen und setzen auf die Kooperation mit dem politisierten Teil der Arbeiterschaft; dann fordern sie den Konflikt mit der staatlichen Wirtschaftspolitik notwendig heraus.

Eine Einkommenspolitik, die einen Frieden zwischen den Klassen auf der Grundlage des kapitalistischen Systems herstellen soll, stellt an Staat, Kapitalisten, Gewerkschaften und Lohnabhängige erhebliche Anforderungen an Integrations- und Kompromißbereitschaft. Dieser Balanceakt kann sowohl von Arbeitgeberseite wie von Arbeitnehmerseite gestiftet werden, worauf nicht zuletzt die Septemberstreiks 1969 sowie die nachfolgenden kämpferischen Lohnrunden in der Metall- und Chemieindustrie hinweisen. Der vielfachen Forderung an die Gewerkschaften, die Mitarbeit in der „Konzentrierten Aktion“ aufzukündigen, steht die von staatlichen Lohnämtern gegenüber, über das einen Ecklohn administrativ festzulegen, an dem sich alle Löhne zu orientieren haben, ähnlich wie die Bundesbank mit Hilfe des Diskontsatzes das Zinsniveau reguliert; ein Vorschlag, der als mit staatlichem Zwang ausgestatteter Abwehrblock gegen die Ansprüche der Lohnabhängigen zu interpretieren ist.

Es zeigt sich, daß der derzeitige sozio-ökonomische Zustand des Kapitalismus einem höchst labilen Gleichgewicht gleichzusetzen ist.

3. Diese Gleichgewichtslabilität erfährt eine Zuspitzung durch den Widerspruch zwischen der Versorgung der Bevölkerung mit privaten und öffentlichen Gütern, die eine Konsequenz kapitalistischer verzerrter Produktionsstrukturen ist. Die in Gang gekommene Diskussion über Reformen, die bescheidenen sozialdemokratischen Reformansätze sowie die Abwehrpolitik der Unternehmer sind Hinweis genug für das darin enthaltene Konfliktpotential.

Es ist zu beachten, daß öffentliche Güter und Infrastrukturmaßnahmen, soweit sie notwendige Bedingung für die Sicherung zukünftigen Wachstums und kapitalistischer Expansionsbestrebungen sind, auch von den Unternehmern gefordert werden. Öffentliche Güter dagegen, die überwiegend in den kollektiven Konsum gehen, stellen eine bessere waren-

wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung dar. Bei Vollbeschäftigung muß die Ausweitung der Produktion von kollektiven Gütern zu einer Verringerung der makroökonomischen Einkommensquote der Kapitalisten führen, wenn man ausschließt, daß der individuelle Konsum relativ zurückbleibt. Die zunehmende Bedeutung kollektiver Massenkonsumgüter läßt eine Verschärfung des Verteilungskampfes erwarten.

Im Vergleich etwa zu den Rüstungsgütern, die infolge ihres schnellen Verschleißes und dem daraus folgenden Ergänzungsbedürfnis einen sich stets erneuernden Markt darstellen, veralten kollektive Reformgüter viel langsamer, öffnen jedoch angesichts ihres quantitativen Ausmaßes für viele Jahre einen neuen Markt. Da Reformgüter aber eine neue Produktionsstruktur verlangen, werden von einer Reihe nicht beteiligter Branchen und Unternehmen starke Beharrungs- und Widerstandstendenzen ausgehen. Bereits heute zeichnen sich innerkapitalistische Fraktionskämpfe ab.

Der erste Versuch dessen, was häufig als „Linkskeynesianismus“ bezeichnet wird, nämlich die sozialorientierte Rooseveltische Politik des New Deal, ist gescheitert, und angesichts der heutigen Situation der USA bleibt die Frage offen, ob nicht kapitalistische Systeme eher zu faschistoiden Methoden der Selbsterhaltung neigen als zu sozialen und demokratischen. Andererseits zeigt die Entwicklung in Schweden, daß bei stärkeren Krisen auch vermehrt sozialistische Lösungen gefordert werden können und deshalb eine Überwindung dieser neuen Form des Kapitalismus durch sozialistische Veränderungen als möglich erscheint (vergleiche die dortige Kampagne für die Verstaatlichung des Banken-, Kredit- und Wohnungswesens).

V. Monopolisierung und Internationalisierung

Die seit den Frühzeiten des Kapitalismus beobachteten Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen sind Ergebnis einer dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfenen Unternehmenspolitik. Zur Optimierung des Profits ist es geboten, möglichst viele jener Variablen zu kontrollieren, die das Betriebsergebnis bestimmen. Jedes Einzelkapital entwickelt deshalb neben seinem Druck nach Mehrwertaneignung und Expansion profitbringende Beteiligungen zugleich das Bedürfnis, profitmindernde Konkurrenz auszuschalten, um in den Genuß monopolistischer Marktmacht zu kommen. Marktbeherrschung ist Voraussetzung für kapitalistische Preissetzungsmacht an Beschäftigungs- wie Absatzmärkten. Drei verschiedene, aber einander nicht ausschließende Konzentrationsstrategien sind bekannt: horizontale, vertikale und konglomerate. Monopolisierungen auf horizontaler Ebene versuchen die Ausschaltung der Konkurrenz auf der gleichen Produktionsstufe bzw. auf den gleichen Märkten; Monopolisierungen auf vertikaler Ebene wollen die Kontrolle der vorgelagerten und der nachfolgenden Produktionsstufen bzw. Märkte; bei konglomeraten Monopolisierungen werden Unternehmen verschiedener Wirtschaftszweige zusammengefaßt, so daß für den Gesamtkonzern durch die gleichzeitige Produktion branchenverschiedener Waren (Diversifikation) eine Risikostrreuung für den Fall von Teil- oder Branchenkrisen erreicht wird.

Der aus dem Profitmechanismus abgeleiteten system-kausalen Erklärung der Tendenz zu größer werdenden Unternehmenseinheiten wird häufig eine techno-kausale Erklärung gegenübergestellt, die die Konzentrations- und Zentralisationsvorgänge als Ergebnis des technischen Fortschritts begründet und durch diesen Rückgriff auf die scheinbar objektive-technische Entwicklung die konzentrierte ökonomische Macht rechtfertigt. Zwar ist anzuerkennen, daß vielfach kostengünstigere Produktion und größere Produktionseinheiten zusammenfallen, jedoch steht in den meisten Fällen von Monopolisierung neben oder unabhängig von produktionstechnischen Verbesserungen das Motiv der Stärkung der Marktstellung im Vordergrund.

Wirtschaftliche und politische Macht

In dem Maße, wie die Organisierung ökonomischer Macht gelingt, läuft ein politischer Machtzuwachs des Kapitals parallel. Die Einheit von ökonomischer und politischer Macht wird mit zunehmendem Monopolgrad durchsichtiger; sie erleichtert die Verdeutlichung des Widerspruchs von Machtzusammenballung und undemokratischer Kontrolle, insbesondere, wenn aufgrund der Unterversorgung der Bevölkerung mit kollektiven Massenkonsumgütern eine organisationsfähige Basis-mobilisierung und -politisierung entfaltet werden kann.

Die zunehmende Ausschaltung der kapitalistischen Konkurrenz auf nationaler Ebene geht mit einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz einher. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es angebracht, die Bildung internationaler Wirtschaftsblocke unter kapitalistischen Staaten als Schutz- und Abwehrstrategien zu begreifen. In Form der EWG wiederholt sich auf qualitativ höherem Niveau die frühere Politik der nationalen Staaten zum Schutze der eigenen Kapitalisten. Solche Blockbildungen erweitern für jeden Teilnehmer durch die Überwindung der nationalen Grenzen das Gebiet eines von Außenkonkurrenz geschützten Marktes. Freilich kann nicht übersehen werden, daß die Notwendigkeit internationaler kapitalistischer Blockbildung bereits eine Konsequenz weit vorangeschrittener Internationalisierung von Handel und Produktion ist. Andererseits treibt die Existenz von Wirtschaftsblocken die Internationalisierung weiter voran. Die zunehmende Integration und Organisation bisher national getrennter Kapitalismen verlangen zugleich eine Verlagerung nationaler politischer und ökonomischer Kompetenzen auf die übernationalen Ebenen. Bemerkenswert ist der Versuch des Kapitals, auf EWG-Ebene zwar eine zentrale Exekutivbehörde einzurichten, sie aber nicht einem bürgerlich-parlamentarischen Kontrollsystem zu unterwerfen. Eine parallele Bemühung um die Organisierung der Interessen der Lohnabhängigen scheint unumgänglich, soll der bereits vollzogene Vorsprung des Kapitals wettgemacht werden. Auf EWG-Ebene setzt die Organisierung arbeitsorientierter Interessen die Überwindung der Spaltung der Arbeiterschaft in verschiedene Fraktionen voraus; ein Prozeß, der auf die politische Ausrichtung der westdeutschen Arbeitnehmerschaften abzielt. Genauso wie in Zukunft autonome nationalstaatliche Politik unmöglich wird, wird nationale Interessenvertretung der Arbeitnehmer unwirksam. Der kapitalistische Expansionsdrang zwingt die Arbeiterschaft zu folgen.

Bemerkenswert an den multinationalen Konzernen ist der Aspekt, daß diese nicht nur die nationalen Grenzen überschreiten, sondern auch die kapitalistische Blockbildung überwinden. Das ist insofern eine neue Qualität kapitalistischer Konzentrations- und Zentralisationsvorgänge, als man in den kapitalistischen Blockbildungen nur eine neue Spielart traditioneller konkurrierender nationaler Kapitalismen sehen kann, während block-

überwindende und weltweit produzierende Unternehmer tendenziell auf die Errichtung weltweit-organisierter, entscheidungsfähiger Exekutivinstanzen drängen. Wenngleich das Zwischenstadium der Wirtschaftsblocke und damit deren Konkurrenzverhältnis notwendige Zwischenphase zu sein scheint, deuten die multinationalen Konzerne bereits eine Möglichkeit der ferneren Zukunft an.

VI. Eingriff in den historischen Prozeß

Die Praxis des Krisenmanagements hat zwar einerseits zur ökonomischen Stabilisierung und sozialen Befriedung beigetragen, eröffnet aber zugleich die Möglichkeit, die kapitalistische Ideologie von der unentbehrlichen Risikobereitschaft und Verantwortung des Kapitalisten für das Funktionieren der Gesellschaft zu unterhöhlen. Die staatliche Globalabstimmung beweist die prinzipielle Entbehrlichkeit der Unternehmer. Andererseits tendiert die Politik der Klassenharmonie, wie sie in der „Friedensformel“ versucht wird, zu einer Stabilisierung des bestehenden ideologischen Zustandes.

Labilität und Ambivalenz werden auch in der Durchsichtigkeit und Steuerungsmöglichkeit des ökonomischen Wirkungszusammenhangs deutlich. In dem Maße, in dem Krisen durch staatliche Intervention als vermeidbar und die ständige Konjunktur als machbar erscheinen, ist ein neues Anspruchsniveau der Arbeiterschaft zu erwarten. Zählen Existenzängste nicht mehr zu den individuellen Erfahrungen, werden ökonomische Krisen nicht als unvermeidlich hingenommen, und verfestigt sich statt dessen ein Bewußtsein vom stetigen ökonomischen Wachstum, so werden steigende Anspruchsniveaus der Lohnabhängigen die Konsequenz sein. Angesichts des ungeheuren Aufwands an Werbung und Bewußtseinslenkung besteht die Gefahr, daß das steigende Anspruchsniveau die Qualität kapitalistisch integrierbarer Konsumentenbedürfnisse nicht überschreitet. Dem ist systematisch durch antikapitalistisch politisierte Kämpfe im betrieblichen und außerbetrieblichen Bereich entgegenzuarbeiten.

Der staatlich regulierte Kapitalismus, der infolge seines höheren Grades an Planungs- und Steuerungsrationalität die objektiven Voraussetzungen seiner Transformation verbessert hat, zeigt bereits im heutigen Zustand seiner relativen ökonomischen und politischen Stabilität und gleichzeitiger Unentwickeltheit der sozialen Widerstandskraft einen hohen Grad an Widersprüchlichkeit und Labilität.

Eine antikapitalistische Politik findet ein vielfältiges Konfliktpotential vor. Die Transformationschancen auszunutzen und zu aktivieren, muß Ziel einer sozialistischen Politik sein. Es bedarf aber des bewußten Eingreifens in den historischen Prozeß. Wenn es dazu nicht kommt, kann die kapitalistische Gesellschaft noch lange fortbestehen, denn sie wird neue Mechanismen der Selbsterhaltung erfinden, die zwar den Grundwiderspruch nicht lösen, aber seine Auswirkungen mildern, verdecken und verzögern können.



Bundeskongreß 1970 in der Bremer Stadthalle. Während der ersten Pressekonferenz von links Norbert Gensel (stellverr. Vorsitzender), Pressesprecher Dr. Eberhard Schmidt und Korsten Voigt (Vorsitzender). (Bild: Voigt)

schärft, so soll gemäß der Keyneschen Lehre der Staat von der Enge eines konjunkturabhängigen Steuereingangs und des klassischen Prinzips des jährlichen Haushaltsausgleichs befreit werden; Etat und Wirtschaftspolitik sollen in Abhängigkeit der funktionalen Erfordernisse der Konjunktursituation gestaltet werden.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß durch die Keynesche Theorie und ihres seit nun über 30 Jahren anhaltenden Ausbaus das Stabilisierungspotential kapitalistischer Gesellschaften erheblich gestärkt worden ist. Den Regierungen steht heute ein umfangreiches Instrumentarium zur Steuerung des wirtschaftlichen Ablaufs zur Verfügung. Das gilt speziell für die BRD, die dank der Politik der SPD mit dem modernsten Stabilitätsinstrumentarium (z. B. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz) unter den kapitalistischen Staaten ausgestattet ist. Diese gegenüber jenen Sozialisten, die das baldige Wiedereintreten eines unveränderten klassischen Krisenzyklus erwarten, notwendige Betonung des erhöhten Stabilitätspotentials kapitalistischer Gesellschaften darf nicht zu der Illusion führen, als sei der neue Kapitalismus krisenfrei. Solange nämlich der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Erzeugung des Mehrprodukts und seiner Aneignung durch die Eigentümer der Produktionsmittel gegeben ist, unterliegt die ökonomische Entwicklung infolge des Vorrangs der Profitinteressen einem Hang zur Überinvestition und damit zur Überproduktion: ein Grundphänomen, das von Keynes nicht nur nicht geleugnet wurde, sondern Ausgangspunkt seiner Theorie war. Insofern hat sich die Erscheinungsform der Krisen verändert, nicht aber die grundsätzliche Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems.

gen hat, scheint er eine Vermittlungsfunktion zwischen den Klassen zu übernehmen. Diese Rolle kann er nur dann wirksam ausüben, wenn er eine gesellschaftliche „Friedensformel“ anbietet, die scheinbar neutral gegenüber den gegensätzlichen Klasseninteressen ist. Tatsächlich begünstigt diese „Friedensformel“ ebenso wie die Friedenspflicht des Betriebsverfassungsgesetzes einseitig die Unternehmer und stabilisiert das kapitalistische System. Dies gilt, solange die prinzipielle Entscheidungsmacht der Unternehmer über Investitionen und Preise nicht aufgehoben wird. In der westdeutschen Nachkriegsentwicklung sind zwei Wege zur Befriedung des sozialen Interessengegensatzes beschritten worden.

In den ersten Nachkriegsjahren wurden die Rekonstruktionen und die Festigung kapitalistischer Wirtschaftsordnungsstrukturen erfolgreich durchgeführt. Die Erhard'sche Politik war auf die Bedürfnisse der Wiederaufbauperiode in zweierlei Hinsicht zugeschnitten. Zum einen war sie darauf abgestellt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems zu heben, was vor allem die Erweiterung und die Modernisierung der Produktionskapazitäten und damit die Sicherung der optimalen Investitionsfähigkeit der privaten Unternehmen erforderte; unternehmerische Gewinn- und Investitionsinteressen wurden durch gezielte Steuerpolitik, Subventionen, Exportförderungsmaßnahmen, Förderung der Rekonstruktionsvorgänge der von den Alliierten entflochtenen Unternehmen und Banken unterstützt. Zum anderen gelang im ideologischen Bereich eine Absicherung des Kapitalismus, da Erhard mit dem aus dem „Ordo-Liberalismus“ entwickelten Modell der sozialen Marktwirtschaft einen sozial geläuterten Kapitalismus erfolgreich anbieten konnte. Die von Faschismus, Krieg und Stalinismus demoralisierte und von der eigenen Führung disziplinierte Arbeiterschaft gab sich mit stetiger Verbesserung ihrer unmittelbaren materiellen Lebensverhältnisse zufrieden, ohne die entstehenden einseitigen politischen und ökonomischen Machtverhältnisse anzugreifen. Es kommt hinzu, daß die Arbeitskraft bis etwa 1959/60 reichlich vorhanden war, so daß die gewerkschaftlichen Bemühungen um Organisierung und Monopolisierung der Arbeiterschaft unterlaufen wurden und die Lohnentwicklung bescheiden blieb. Ökonomisches Wachstum war für Regierung und Kapitalisten von strategischer Bedeutung, denn es erlaubte die Restauration und die Festigung kapitalistischer Verhältnisse bei gleichzeitiger Befriedung des sozialen Konflikts an der Oberfläche. Diese Situation änderte sich in den sechziger Jahren, da der Arbeitskräftemangel immer offener zu Tage trat. Eine neu konzipierte Einkommenspolitik sollte eine dem Vollbeschäftigungszustand entsprechende „Friedensformel“ anbieten. Zwei Elemente zeichnen die neue Einkommenspolitik aus:

1. Eine veränderte produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die die Steigerung der Löhne mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Lebenshaltungskosten koppelt, verspricht durch diese Doppelanpassung den verteilungspolitischen Status quo, da damit die Zementierung des Lohnanteils am Volkseinkommen erreicht wird.

2. Die Einbeziehung der Gewerkschaften in die gesamtwirtschaftliche Stabilitätsverantwortung über die Konzentrierte Aktion soll es ihr erschweren, die bei Vollbeschäftigung günstige Marktsituation durch eine aktive und kämpferische Lohnpolitik auszunutzen. Im Rahmen der am relativen Status quo orientierten Friedensformel haben einkommenspolitische konzentrierte Aktionen die Funktion, die Verteilungsproblematik zu lösen.

Die neue Einkommenspolitik des Staates ist eine Kapitalsicherungs- und zwingt die Gewerkschaften zu einem schwierigen Balanceakt: Einerseits werden sie durch die zentra-

Die Ursachen der Krisen

III. Die veränderte Erscheinungsform des kapitalistischen Krisenzusammenhangs und der Verteilungskampf bei Vollbeschäftigung

Die klassische kapitalistische Krise ist von zwei Krisenphänomenen beherrscht: von Arbeitslosigkeit und ungenutzten Kapazitäten, begleitet von sinkenden Preisen und Löhnen. Sie verletzt damit die Lohninteressen der Arbeiterschaft. Ungenutzte Produktionskapazitäten stören zwar andererseits die profitbringende Produktion und damit die unternehmerische Kapitalverwertung. Zugleich verbesserten sich aber durch den entstehenden Rationalisierungsdruck und die Verminderung der Löhne die Profitchancen der Unternehmer. Insofern lassen sich die Ursachen der Krisen und deren jeweilige „Überwindung“ auf das Profitprinzip zurückführen.

Die sozio-ökonomische Entwicklung seit 1930 vermittelt zwei Erkenntnisse zur Überwindung von Krise und Stagnation:

1. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn sie sich durch Vollbeschäftigung ausreichende Massenloyalität sichern kann und durch angelegte Nachfrage die Absatzchancen der Unternehmer und damit deren Gewinnerwartungen festigt. Die Geschichte der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise zeigt, daß ihre beiden Varianten, nämlich die deutsche faschistische Lösung und die amerikanische des New Deal, nicht umhinkamen, ihre ideologischen Programme durch eine Politik der Beschäftigungsankurbelung materiell abzuschichern.

2. Der kapitalistische Marktmechanismus kann diese Ziele aus eigener Kraft nicht sicherstellen und wird deshalb durch intervenierende staatliche Wirtschaftspolitik ersetzt, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems festigt.

Die Analyse der Wirtschaftspolitik kapitalistischer Staaten nach dem 2. Weltkrieg läßt

Die Unternehmer haben also in der Preis- und Investitionspolitik die zwei wichtigsten strategisch-ökonomischen Größen in der

